

Zeitschrift: Schweizer Spiegel
Herausgeber: Guggenbühl und Huber
Band: 15 (1939-1940)
Heft: 9

Artikel: Schlagworte der Zeit
Autor: Huber, Fortunat
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-1066522>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 05.02.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>



Schlagworte der Zeit

Von Fortunat Huber

Illustration von H. Tomamichel

„Opfer des Nervenkriegs“

Je ahnungsloser ein Volk ist, um so sicherer wird es ein « Opfer des Nervenkriegs ». Es wurde von öffentlichen Stellen viel dafür getan, dem Schweizervolk diese Ahnungslosigkeit zu bewahren. Wie oft wurde ihm versichert, dass die Lage zu keiner besondern Beunruhigung Anlass gebe! Das Schweizervolk kehrte sich an diese Beschwichtigungsversuche nicht. Es nahm sich das Recht heraus, sich dennoch zu beunruhigen. Es lehnte es ab, sich in jene falsche Ruhe einzulullen zu lassen, welche die günstigste Voraussetzung für die erfolgreiche Führung des Nervenkriegs bildet.

Der Nervenkrieg hat dem Schweizervolk gegenüber bis heute vollständig versagt. Seine einzigen, mehr oder weniger ernst zu nehmenden Opfer sind bisher jene, die immer wieder glauben, bei uns da und dort « Opfer des Nervenkriegs » feststellen zu müssen! Sie bezeichneten noch vor zwei Jahren Mitbürger, die an die Unvermeidlichkeit des Kriegsausbruches glaubten, als « Opfer des Nervenkriegs ». Für sie waren ein Jahr später jene, die anregten, Vorräte an Lebensmitteln anzulegen und jene, die dieser Anregung Folge leisteten, bevor sie von Amtes wegen verordnet wurden, « Opfer des Nervenkriegs ». Und doch ist es gerade ihnen zu verdanken, dass bei

Kriegsausbruch der Andrang auf die Lebensmittelgeschäfte in erträglichen Grenzen blieb.

Man sprach von « Opfern des Nervenkriegs », als gewisse Leute einige Monate früher als die öffentlichen Stellen begannen, sich mit dem Problem der Evakuierung zu beschäftigen, obwohl gerade diese Leute sich dann, als Evakuationsfragen amtlich behandelt wurden, am wenigsten aus der Ruhe bringen liessen. Wieviel mehr wäre heute aus privaten Mitteln für den Luftschutz der Zivilbevölkerung getan worden ohne die Beruhigung von oben!

Man bezeichnete noch vor kurzem als « Opfer des Nervenkriegs » Bürger, die im Ernst damit rechneten, dass es auch bei uns eine innere Gefahr gebe und die sich bemühten, die öffentlichen Stellen vor den Kreisen zu warnen, die ohne jeden Zweifel am gefährlichsten sind. Die Warnungen vor Verrätern wurden als Gespensterfurcht abgetan. Man mutete dem Volke zu, die Möglichkeit innern Verrats von vornherein entrüstet abzulehnen. Heute befürchtet man, dass der Beweis, dass es wirklich unter uns Verräter gibt, das Selbstvertrauen des Volkes untergraben könnte. Diese Befürchtung ist vollkommen gegenstandslos. Wir wissen, dass unter uns Schweizern so gut wie unter den andern Völkern Mörder, Diebe und Gauner jeder Art leben; genau so selbstverständlich ist es, dass es unter uns nicht nur Verräter geben kann, sondern unter allen Umständen mit Sicherheit Verräter gibt. Je vertrauter wir uns mit dieser Selbstverständlichkeit machen, um so weniger wird es uns erschrecken, wenn solche Verräter entdeckt werden. Die Entdeckung von Verrätern und die Bekanntgabe dieser Entdeckungen erschüttert weder das Vertrauen des Volkes in sich selbst, noch das in seine Behörde. Da es von vornherein

unzweifelhaft sicher ist, dass Verräter da sind, so ist im Gegenteil ihre Entdeckung unter allen Umständen geeignet, das Selbstvertrauen und das Vertrauen in die Behörde zu heben.

Der Kampf gegen die Bildung und Verbreitung von Gerüchten, der gegenwärtig aufgenommen wird, ist zu begrüssen. Je gründlicher und vernünftiger er geführt wird, um so besser. Aber wegen der paar Dutzend unsinniger Gerüchte, die umgehen, davon zu sprechen, dass unser Volk in Gefahr sei, ein « Opfer des Nervenkriegs » zu werden, ist Unfug. Seit die Welt steht, und solang die Welt stehen wird, müssen immer dann Gerüchte entstehen und verbreitet werden, wenn über einen Gegenstand, der die Allgemeinheit angeht, keine befriedigende Aufklärung erfolgt. Es ist durchaus zu begreifen, dass auf dem Gebiet, mit dem sich die Gerüchte heute befassen, die an sich wünschbare Aufklärung der Öffentlichkeit in vielen Fällen unterbleiben oder verschoben werden muss. Unter diesen Umständen könnten aber höchstens jene als « Opfer des Nervenkriegs » bezeichnet werden, die sich darüber wundern, dass solche Gerüchte umgehen und viele von ihnen völlig unsinnig sind. Wen diese Selbstverständlichkeit erstaunt, scheint nicht auf der Erde, sondern auf dem Monde zu leben. Genau so gut wie es in der Schweiz Mörder, Diebe, Verräter gibt, so gibt es auch bei uns Schwachsinnige: in jeder kleinen Gemeinde mindestens eine Gruppe, in jeder Stadt zum mindesten eine Kompagnie. Wie wäre es also anders möglich, als dass auch bei uns blödsinnige Gerüchte in grosser Zahl umgehen müssen! Sie sind vollständig ungefährlich. Kein vernünftiger Mensch nimmt sie ernst. Die Tatsache, dass gelegentlich Männer in Amt und Würden nachweislich doch auf sie hereinfallen,

SO LANG NO EN ADEREN IN IS SCHLAT, GIT KEINE VON IS NAH!

Adrian von Bubenberg (1476)

GEISTIGE LANDESVERTEIDIGUNG

Fahnenfabrik

Zürich

Sehr geehrter Herr und Hausmeister!

Was tun Sie für die geistige
Landesverteidigung? Für das Schweizertum?

Der ausländischen Propaganda stehen wir
Schweizer immer skeptisch gegenüber, und
doch liegt in ihr etwas, was auch wir all-
mählich begreifen müssen: Die geistige
Landesverteidigung! -

Wir brauchen realisierbare Ideen, und wir
dürfen nicht mit der viel besungenen Ein-
fachheit Eindruck machen wollen, wir müssen
zeigen, was wir sind und können!

Jetzt ist der Moment da, wo gehandelt wer-
den muss! Dieses Jahr soll unsere Stadt das
Aspekt einer wohlgepflegten und angenehmen
Stätte sein und deshalb, sowie zum Zeichen
der Verbundenheit aller Bürger, soll an
j e d e m Hause eine Fahne, oder vielmehr
eine - EINHEITSFLAGGE - wehen!

Wir gestatten uns daher, Ihnen zu offerieren:
„EINHEITSTYP“, Qualität usw.

*E*s wäre zum Lachen, wenn es nicht zum Weinen
wäre. Es gibt Leute, die es fertigbringen, die heiligsten
Gefühle zu geschäftlichen Zwecken zu missbrauchen.

beweist nur, dass die entsprechenden Würdenträger eben partiell schwachsinnig sind. Das kommt vor, ist aber im ganzen gesehen belanglos. Selbst wenn es wahr wäre, und vieles deutet darauf hin, dass von ausländischen Agenten die Verbreitung von falschen Gerüchten begünstigt wird, so würde auch diese Waffe des Nervenkriegs im Schweizervolk nur wenige Opfer fordern, solang wenigstens, als der Kampf gegen die Gerüchte nicht

nur negativ, sondern dort, wo es möglich ist, durch rechtzeitige und umfassende Aufklärung geführt wird. Es ist geradezu unmöglich, das Vertrauen unseres Volkes in seine Behörden ernstlich zu erschüttern, solang auch die Behörde dem Volk ein gewisses Mindestmass an Vertrauen entgegenbringt. Das Vertrauen des Schweizers in seine Behörde ist gerade deshalb so zuverlässig, weil es kein blindes Vertrauen ist.

„Das Parlament hat versagt . . .“

Die Behandlung der Finanzpolitik durch die Bundesversammlung fand eine schlechte Presse und diese den Beifall einer ansehnlichen Zahl Bürger. Das Parlament hat, hiess es, versagt.

« Was wirst du der Bundesversammlung eigentlich vor? » fragte ich einen Dienstkameraden, der mir auf der Bahn mit dieser Redewendung begegnete.

« Die Räte haben sich viel zu lang herumgestritten. »

Ich fragte ihn, welche Stellungnahme denn nach seiner Meinung richtig war? Er bekannte sich als Vertreter der Mehrheit.

« Und wenn sich die Vertreter deiner Ansicht in der Minderheit befunden hätten, wärest du dann damit einverstanden gewesen, dass diese schwiegen? »

« Natürlich nicht. »

« Oder hältst du dafür, dass die behandelten Fragen zu unerheblich waren, um sie einige Wochen lang gründlich zu bereden? »

« Nein. Nur stand doch von vornherein fest, dass die Rechnung irgendwie und von irgendwem bezahlt werden muss. »

« Aber kommt es nicht gerade darauf an, wie und von wem das geschehen soll? »

« Schon, aber zum mindesten hätte sich doch bei der Schlussabstimmung das Parlament einig zeigen müssen. »

« Du wärest also, wenn du die Ansicht der Minderheit geteilt hättest, dafür eingetreten, dass sich die Vertreter deiner Meinung in der Schlussabstimmung zu der Auffassung bekannt hätten, die sie für falsch halten? »

Mein Gegenüber lächelte, und wir sprachen von andern Dingen.

Die Redewendung: « Das Parlament hat versagt », ist ein Schlagwort. Es braucht wenig Scharfsinn, um zu merken, wo seine geistige und geographische Heimat liegt. Das Parlament ist eine menschliche Einrichtung und als solche, wie alle andern, mangelhaft. Das ist eine

Binsenwahrheit. Aber es sind gerade die Binsenwahrheiten, die unter gewissen Zeitumständen besonders leicht vergessen werden.

Obschon es von vornherein feststeht, dass auch der Parlamentarismus Mängel aufweist, wäre es verkehrt, alle seine Schwächen ohne den Versuch, sie zu beheben, hinzunehmen. Die Kritik an der Arbeit des Parlaments und der einzelnen Parlamentarier gehört zur schweizerischen Staatsauffassung ebenso unveräußerlich, wie die Kritik der Räte an der Arbeit der Regierung und die Auseinandersetzung der Auffassungen der verschiedenen Parteien dazu gehört. Unser Parlament hat ebensowenig das Recht, sich über Kritik aufzuhalten, wie die Regierung darüber, dass ihre Tätigkeit vom Parlament kritisch betrachtet wird. Man darf und soll an unserm Parlament alles, was als Mangel erscheint, tadeln, ausser jenen Eigentümlichkeiten, die zum Wesen des Parlaments gehören und die sich nicht austilgen lassen, ohne den Parlamentarismus abzuschaffen. Die Nachteile der Vorteile einer Einrichtung lassen sich nicht vermeiden, ohne diese selbst aufzuheben. Es ist keine Frage, dass die überwältigende Mehrheit des Schweizervolkes die Vorteile des Parlamentarismus für grösser hält als seine Nachteile. Damit ist aber gegeben, dass es auch die notwendigen Nachteile des Parlamentarismus mit in den Kauf nehmen muss.

Dem Parlament vorzuwerfen, dass die verschiedenen Parteimeinungen hartnäckig verfochten werden, ist ein Unfug. Das Parlament ist dazu da, um sie zur Geltung zu bringen. Wir brauchen uns nicht zu schämen, dass in diesen Meinungsverschiedenheiten ausser den geistigen auch materielle Interessengegensätze scharf zum Ausdruck kommen. Gewiss, das « Parlament » des totalitären Staates kennt diese « kleinlichen und unschönen Auseinandersetzungen » nicht. Es erweckt den Eindruck, als ob es in dem Volke, das es vertritt, ausschliesslich eine Meinung und ein Interesse gebe. Nur ist es

eben kein Parlament und der erweckte Eindruck — falsch.

Genau so irrtümlich ist es, von unserm Parlament in den Abstimmungen Einstimmigkeit zu erwarten. Die Einstimmigkeit ist ein Ideal der totalitären Staatsauffassung. Die Demokratie muss, wenn sie ihrem Wesen treu bleiben will, auch bei den wichtigsten Schlussabstimmungen auf Einmütigkeit verzichten können. Sie darf von dem Parlament nicht schöne lebende Bilder verlangen, die sich in bengalischer Beleuchtung erhebend ausnehmen. Was die Demokratie vom Parlament auch bei den wichtigsten Anlässen fordert, ist, dass sie die wirkliche Stimmung des Landes wiedergebe. Der Eindruck, den sie hinterlässt, ist deshalb oft weniger schön, gelegentlich auch hässlich und beunruhigend, dafür aber richtig.

„Was die Zeitungen zusammenlügen . . .“

Dieses Schlagwort hat eine bei Schlagwörtern seltene Eigenschaft: es ist alt, ziemlich genau so alt wie die älteste Zeitung. Es ist als Gegengift gegen die auch heute noch nicht ausgestorbene Neigung, alles Gedruckte für wahr zu halten, beschränkt berechtigt. Aber heute ist dieses Schlagwort zum Mittel geworden, die Freiheit der Presse und damit die Freiheit der öffentlichen Meinung überhaupt zu untergraben. Es gehört zum Rüstzeug der Diktatur. Auch Napoleon hat sich seiner bedient. Wir werden diesem Schlagwort deshalb, wo es auftaucht, mit Misstrauen begegnen.

Dass vieles, was in den Zeitungen steht, der Wahrheit nicht entspricht, ist augenfällig. Ebenso klar ist die Tatsache, dass seit Kriegsausbruch falsche Nachrichten besonders häufig sind. Aber die Schuld an diesem Sachverhalt liegt nicht bei den Zeitungen, sondern in der Zeit. Die « Presseclique, die es darauf abgesehen hat, das Volk zu verhetzen und im Auftrag von Hintermännern diesem düstern Geschäft obliegt », ist die Aus-

geburt einer Propaganda, der keine Wirklichkeit zugrunde liegt.

Der Grund für die Zunahme der Falschmeldungen ist, dass die Quellen, aus denen die Zeitungen ihre Nachrichten beziehen, während des Krieges häufiger versagen. Keine der amtlichen oder halbamtlichen Quellen kennt über irgendein Ereignis, das mittelbar oder unmittelbar mit dem Kriege zusammenhängt, die ganze Wahrheit. Und selbst wenn sie diese kennen sollte, würde sie nur dann vermittelt, wenn deren Verbreitung dem Staate, dem die betreffende Nachrichtenstelle dient, nützlich erscheint. Auch eigene Berichterstatter von Zeitungen sind zur Hauptsache auf die amtlichen und halbamtlichen Nachrichtenquellen angewiesen. Die andern sind noch unzuverlässiger, und eigene Beobachtungen umfassen notwendig einen so engen Blickkreis, dass ihre Bedeutung sehr beschränkt ist. So weit unsere Zeitungen « lügen », tun sie es gegen ihren Willen. Sie führen die öffentliche Meinung nicht absichtlich in die Irre, sondern als Opfer ihres Nachrichtendienstes. Natürlich wird jede Zeitung bestimmte Quellen bevorzugen, aber nicht im Wunsche, die Wahrheit zu erstellen, sondern weil sie, ihrer Einstellung entsprechend, der einen Quelle mehr Glauben schenkt als der andern.

Die grösste Gefahr für unsere Zeitungen, von der Wahrheit abzuweichen, liegt in der Neigung, vor allem jene Nachrichten zu bringen, von denen die Journalisten möchten, dass sie wahr wären. Aber diese Schwäche teilen sie mit den Lesern. Gerade jene Leute, denen die Zeitungen nie genug Berichte geben können, die ihren Wünschen entsprechen, denen jede Nachricht zuviel ist, die ihre Erwartungen dämpfen könnte, sind nachher, wenn das Ereignis doch eine andere Wendung nimmt, die ersten, die sich über die « Irreleitung durch die Presse » empören. Jeder Leser, der die « Zeitungslügen » beklagt, sollte zuerst die eigene Bereitschaft prüfen, die Wahrheit zu hören.

„Das Volk erwartet von der Armee . . .“ „Die Armee erwartet von dem Volk . . .“

Könnte man aus solchen Redensarten nicht schliessen, dass Armee und Volk zwei Bereiche wären, die scharf voneinander getrennt oder nur locker in Berührung gegenseitig Forderungen erheben und untereinander je nachdem gute, eben erträgliche oder aber auch gespannte Beziehungen haben könnten? Es ist wahr, es gab und gibt Staaten, in denen Armee und Volk in einem solchen Verhältnis stehen. Aber die Schweiz gehört nicht zu diesen Staaten. In der Schweiz ist es ein Unfug, von Volk und Armee als von zwei getrennten Dingen zu reden.

Bei uns sind Volk und Armee keine Gegensätze, bei uns sind Volk und Armee auch keine Begriffe, die ein Graben verschiedener Weltauffassung, verschiedener Ehre, verschiedener Interessen trennt. In der Schweiz ist die Armee das Volk, soweit es wehrfähig ist, und das Volk ist, soweit es wehrfähig ist, die Armee. Offiziere und Soldaten sind Bürger wie die andern Bürger auch. Sie haben als Soldaten und Bürger das gleiche Ziel vor Augen, sie setzen sich als Soldaten und Bürger für das gleiche Gut ein.

Armee und Volk einander gegenüberzustellen hat in der Schweiz nur dann einen Sinn, wenn man damit militärische und bürgerliche Behörden meint. Es ist denkbar, dass diese gelegentlich nicht gleicher Meinung sind. Es ist wohl möglich, dass es zwischen militärischen und zivilen Behörden hin und wieder zu Meinungsverschiedenheiten über ihre Zuständigkeit kommt. Das ist vollkommen



M. Sulzer

Bleistiftzeichnung

in der Ordnung. Sie können nie gefährlich sein, weil in unserm Volksheer Volk und Armee ein Ganzes bilden.

Das war bei uns nicht zu allen Zeiten in gleichem Masse so; das ist auch gegenwärtig in sehr vielen Staaten noch anders. Schlagworte wie « die Armee erwartet von dem Volk », « das Volk erwartet von der Armee » sind unbewusst von jenseits unserer Grenzen übernommen worden. Sie entspringen Gedankengängen, die uns völlig fremd sind. Wir haben keinen Anlass, durch ihre Übernahme einen Gegensatz zwischen Armee und Volk vorzutäuschen, den es in der Schweiz nicht gibt und nicht geben darf. Das Volk hat bei uns an die Armee keine Forderungen zu stellen und die Armee keine Forderungen an das Volk. Es ist bei uns völlig gegenstandslos, davon zu reden, dass die Beziehungen zwischen Armee und Volk gut seien. Dass diese Beziehungen stets ausgezeichnet sein müssen, ist aus dem einfachen Grunde selbstverständlich, weil Volk und Armee bei uns eine untrennbare Einheit sind.

SO LANG NO EN ADEREN IN IS SCHLAT, GIT KEINE VON IS NAH!

Adrian von Bubenberg (1476)